

## ***DIE FRAGE EINER BETEILIGUNG AM ‚EUROPÄISCHEN JAHR DES KULTURERBES‘ KANN NUR VON DEN REGIERUNGEN DER SOZIALISTISCHEN LÄNDER ENTSCHIEDEN WERDEN – POSITIONEN UND REALISIERTES IN DER DDR***

Sigrid Brandt

**ZUSAMMENFASSUNG** Das Jahr 1975 stellt innerhalb der Denkmalpflege der DDR in mehreren Aspekten eine Zäsur da. Eine Teilnahme der Länder des Ostblocks an der europäischen Initiative des Europäischen Denkmalschutzjahres 1975 (i.d.F. EDMSJ 1975) kam nicht zustande, dennoch war das Interesse am fachlichen Austausch und am Geschehen in der Denkmalpflege im europäischen Rahmen sehr groß. Internationale Tagungen, zahlreiche Denkmalprojekte und die zunehmende Aufmerksamkeit für Fragen der städtebaulichen Denkmalpflege – sowohl im Bereich der historischen Altstädte als auch in dem der gründerzeitlichen Altbaugebiete – markieren den Beginn eines Wandels in den Bauaufgaben des Landes, das schließlich dem Tempo des Verfalls der Bausubstanz nicht mehr standhalten konnte. Der schlechte Erhaltungszustand der Altstädte am Ende der 1980er Jahre lässt viele der Initiativen, Forschungen, Entwürfe und Modellvorhaben der 1970er Jahre in Vergessenheit geraten. Der Beitrag geht anhand von Archivmaterial den Vorgängen im Institut für Denkmalpflege der DDR sowie Ansätzen der städtebaulichen Denkmalpflege nach.

### **1. DENKMALPFLEGE IN DER DDR UND DAS EDMSJ 1975**

1975 wurde ein bemerkenswertes Jahr. Die Zeitschrift *Deutsche Architektur* hieß nun *Architektur in der DDR*, das erste Heft der Zeitschrift *Denkmalpflege in der DDR* erschien, das Land gab sich ein Denkmalschutzgesetz, das die beiden Verordnungen von 1952 und 1961 ablöste; im internationalen und europäischen Rahmen zeichnete sich gegenseitiger Respekt, wenn nicht Anerkennung ab, was auch für die Denkmalpflege nicht folgenlos bleiben sollte. Mit zahlreichen Wiederherstellungen, Rekonstruktionen, Um- und Ausbauten von Denkmalen – etwa dem Umbau der ehemaligen Franziskanerkirche in Frankfurt/Oder zur Konzerthalle Carl Philipp Emanuel Bach, der Rekonstruktion des Deutschen Nationaltheaters in Weimar anlässlich der Tausendjahrfeier der Stadt oder der Rekonstruktion des Stadttheaters (Gewandhaus) in Zwickau (*Architektur der DDR 1977*) – sowie mit der Konzentration auf städtebaulich-denkmalpflegerische Fragen konnte man sich auf der Höhe der Zeit fühlen. 1974 war der Denkmalpflege der DDR ein beachtlicher internationaler Erfolg gelungen: das Exekutivkomitee von ICOMOS hatte die Durchführung einer Regionaltagung für 1977 in der DDR empfohlen. Sie sollte unter dem Motto „Beitrag der Jugend zur Pflege und Erschließung historischer Stadtzentren“ vor allem die Bedeutung der Altstädte, deren „Einbeziehung in die Entwicklung des städtischen Lebens“ und der „Erhaltung und Erschließung der Altstädte“ thematisieren (*ICOMOS Regionaltagung 1977*) (**Abb. 1**).<sup>1</sup>

Im Mai 1974 hatte ein ebenfalls vom Nationalkomitee der DDR von ICOMOS organisiertes Kolloquium *Zur neuen gesellschaftlichen Nutzung monumentaler Baudenkmale* stattgefunden, das ein ungewöhnlich großes Presseecho gefunden hatte.<sup>2</sup> Das *Institut für Denkmalpflege* nutzte dieses Echo, um in weiterführenden Thesen für das denkmalpflegerische Anliegen zu werben: für die Verabschiedung des

Denkmalschutzgesetzes, für verstärkte Bemühungen um ungenutzte Baudenkmale, für den Zutritt zu Denkmälern, für die Bewahrung der Denkmäler vor den Folgen eines überhandnehmenden Massenbesuchs, für Publikationsmöglichkeiten.<sup>3</sup>

Ob sich die DDR und die anderen sozialistischen Länder jedoch an dem vom Europarat bereits im Dezember 1971 angedachten Denkmalschutzjahr, wie es später in der Bundesrepublik genannt werden sollte, beteiligen würden, war lange umstritten. Im Juni 1974 hatte Ludwig Deiters über Irene Gysi, im Ministerium für Kultur Abteilungsleiterin für Fragen der UNESCO und andere internationale Organisationen, beim Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten anfragen lassen, ob es denn eine Entscheidung auf höchster politischer Ebene gäbe. Resolut wie von ihr nicht anders zu erwarten, hatte sie dabei den Stand der Dinge aus ihrer Sicht dargelegt. Man habe beschlossen, alle Vorbereitungen zu treffen, um in der Lage zu sein, sich an dem Jahr des europäischen Architekturerbes zu beteiligen, aber noch keine weiteren Schritte zu veranlassen, um die Beteiligung der DDR an irgendeiner Stelle bekanntzugeben. „Weiter sollte die Entscheidung der UNESCO abgewartet werden, ob das Jahr des

europäischen Architekturerbes zu einem Programmpunkt der UNESCO wird oder nicht.“ Auch eine Positionierung der sowjetischen Seite wurde angemahnt: „Wir bitten Sie zu klären, ob die Genossen aus der UdSSR eine Entscheidung getroffen haben [...] und welche Entscheidung von Ihnen in bezug auf das Jahr des europäischen Architekturerbes vorbereitet wird.“<sup>4</sup> Ein Alleingang der DDR in dieser Frage war kaum denkbar, auch die Mitglieder von ICOMOS, die untereinander Zusammenarbeit verabredet hatten, waren ohne wirksamen Einfluss auf die politischen Entscheidungen.

Im Oktober 1973 hatten sich die Vertreter der Nationalkomitees der sozialistischen Länder von ICOMOS in Vilnius getroffen, um über ein gemeinsames Vorgehen zu beraten. Ludwig Deiters gibt die Gespräche, die ganz offensichtlich demonstrativ ablehnend verlaufen waren und auf einen eigenen Schwerpunkt – den 30. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus – zielten, wieder: „Während in den imperialistischen Ländern die Denkmalpflege nur als ästhetisches Bedürfnis gewertet wurde, wird mit der Begründung zum Architekturerbejahr erstmals eine komplexere Sicht des Denkmalschutzes und der Wiederbelebung der Denkmäler im politischen, städtebaulichen und landesplanerischen Zusammenhang deutlich. [...] Die sozialistischen Länder haben seit langem die Einbeziehung der denkmalwerten Substanz in die Umgestaltung der Städte und Dörfer prinzipiell geklärt und arbeiten an der praktischen Durchführung im Rahmen ihrer Pläne. Ob und in welcher Weise sie aus diesen Erfahrungen zu internationalen Veranstaltungen im Jahr 1975 beisteuern, muß politischen Entscheidungen unter Umständen im Zusammenhang mit der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa vorbehalten bleiben. Unter Leitung des sowjetischen Komitees trafen sich die Delegierten der Nationalkomitees von ICOMOS der sozialistischen Länder im Oktober 1973 in Vilnius und berieten über die Fragen des Jahres 1975. Sie stellten fest: Die Frage einer Beteiligung am EDMSJ 1975 kann nur von den Regierungen der sozialistischen Länder entschieden werden. Schwerpunkte der Denkmalpflege des Jahres 1975 sind in den sozialistischen Ländern die Denkmäler des antifaschistischen Widerstandskampfes, die Denkmäler der Zerschlagung des Hitlerfaschismus und des sozialistischen Aufbaus.“<sup>5</sup> Im April 1975 entschieden die Sowjetunion und die

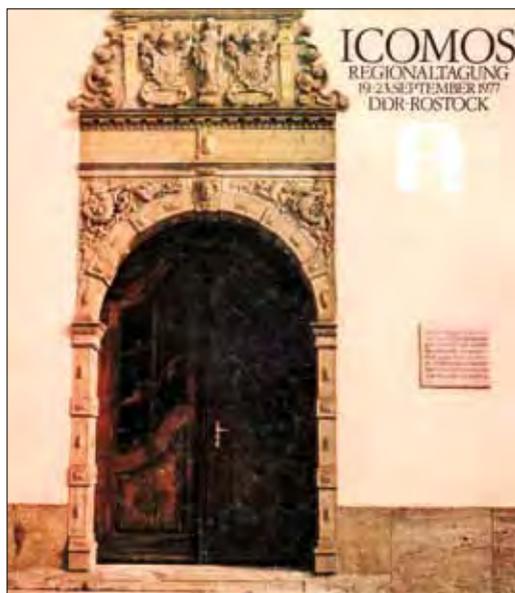


Abb. 1: ICOMOS Regionaltagung 19.–23. September 1977, DDR Rostock, Cover der Publikation des ICOMOS Nationalkomitees der DDR

Volksrepublik Polen, zumindest am geplanten Kongress zum Architekturerbejahr im Oktober 1975 in Amsterdam teilzunehmen.<sup>6</sup> Die Themenwahl für das Jahr 1975 gelangte pünktlich zum Mai des Jahres auf die Titelseite der Zeitschrift *Architektur der DDR* (Abb. 2a); zum Jahresbeginn des EDMSJ 1975, an dem die DDR schließlich offiziell nicht teilnahm, platzierten die Redakteure symbolhaft eine sich abzeichnende, ganz andere Sorge: die notwendige Modernisierung von Gründerzeitquartieren (Abb. 2b) – und wiesen so die Plattenbau-Euphorie in deutliche Grenzen (Abb. 2c).



Abb. 2a–c: Titelseiten von *Architektur* in der DDR, a: Mai 1975 (*30 Jahre Befreiung von Faschismus*); b: Januar 1975 (*Rekonstruktion und Modernisierung*), (siehe S. 36); c: November 1974

## 2. DENKMALPFLEGERISCHE PROJEKTE DER DDR UM 1975

Verfolgt man die Aktivitäten der ostdeutschen Denkmalpfleger im europäischen und außereuropäischen Rahmen rund um das EDMSJ 1975, so zeichnet sich das zunehmende Interesse für Altstadterhaltung ab, von dem auch die Denkmalpfleger in der DDR wichtige Impulse erhielten und sie in zahlreichen Projekten umsetzten. Dass dem Verfall der historischen Altstädte und dem Abriss von Gründerzeitquartieren damit nicht grundsätzlich Einhalt geboten werden konnte und das Thema eines der Bürgerbewegungen 1989 werden sollte, schmälert die Anstrengungen nicht. Im Gegenteil, es kann gezeigt werden, wie trotz mangelnder Kapazitäten und nach wie vor bestehender Skepsis gegenüber Stadtgedenkmälern nach zeitgemäßen, modernen Lösungen gesucht wurde (Haspel und Staroste 2014; Hähle 2014; Glaser 2014; Schauer 2014; Schleiff 2014; Wipprecht 2014; Goralczyk 2014; Zander 2014).

Die internationalen Kontakte waren trotz der zeitbedingten Umstände vielfältig: 1973 reiste Peter Goralczyk in die Schweiz, um an der Tagung *Das Gesicht der Straße in den historischen Altstädten* teilzunehmen.<sup>7</sup> Hier rühmte man vor allem die Finanzierung der Restaurierung der Altstadtbereiche: die Eid-



genossenschaft übernahm 30 % der Gesamtbaukosten. Im September 1973 trafen sich Denkmalpfleger auf einer wissenschaftlichen Tagung zum *Schutz historischer Stadtzentren*. Deren Themen lesen sich aus heutiger Sicht noch immer hochaktuell: man debattierte über Fragen des Verkehrs und des Transportes in historischen Städten, die Wohnungsprobleme in den überalterten Gebäuden, die Vermittlung der kulturhistorisch wertvollen Bauten und Ensembles durch „touristische Marschrouten“ und „Führungssysteme.“ Im Mai 1974 war Goralczyk nach Paris gefahren, um mehr über die französischen Bemühungen um Altstädte nach der Lex Malraux zu erfahren,<sup>8</sup> im Mai 1975 nahmen Ute Schwarzenberger und Hans Berger, Chefkonservator der Außenstelle Halle/Saale, an der Tagung im belgischen Brügge mit dem Titel *Erneuerung der historischen Stadt* teil, im November 1975 sprach Ludwig Deiters in New York auf der Tagung *Architecture and Historic Preservation in Central and Eastern Europe*. Auch an der Tagung *Neues Leben in historischen Komplexen*, die im Oktober 1976 in Prag und Bratislava ausgerichtet wurde, nahmen Denkmalpfleger der DDR teil – Ludwig Deiters, Hans Nadler, Helmut Stelzer, Serafim Polenz und Bernhard Klemm – und unterzeichneten den Appell an die UNESCO, auf deren kommender Tagung in Nairobi die *Empfehlungen zum Schutz historischer und traditioneller Ensembles* anzunehmen.<sup>9</sup>

Zu Beginn der 1970er Jahre hatte Kurt Milde, 1973 berufen an die Technische Universität Dresden, mit seinen Studenten zahlreiche denkmalpflegerische Entwürfe, darunter zu Fragen in historischen Altstädten wie Bautzen, der Innenstadt von Gera und für Cottbus, vorgelegt (Abb. 3).

Die Tendenz, historische Quartiere nach Möglichkeit zu öffnen, deren Überbauung vor allem des 19. Jahrhunderts zu entfernen und öffentliche Erlebnisbereiche darin zu etablieren, sah Kurt Milde bereits zu dieser Zeit skeptisch. Die Rückseiten der Gebäude würden nun architektonisch wirksam, aus

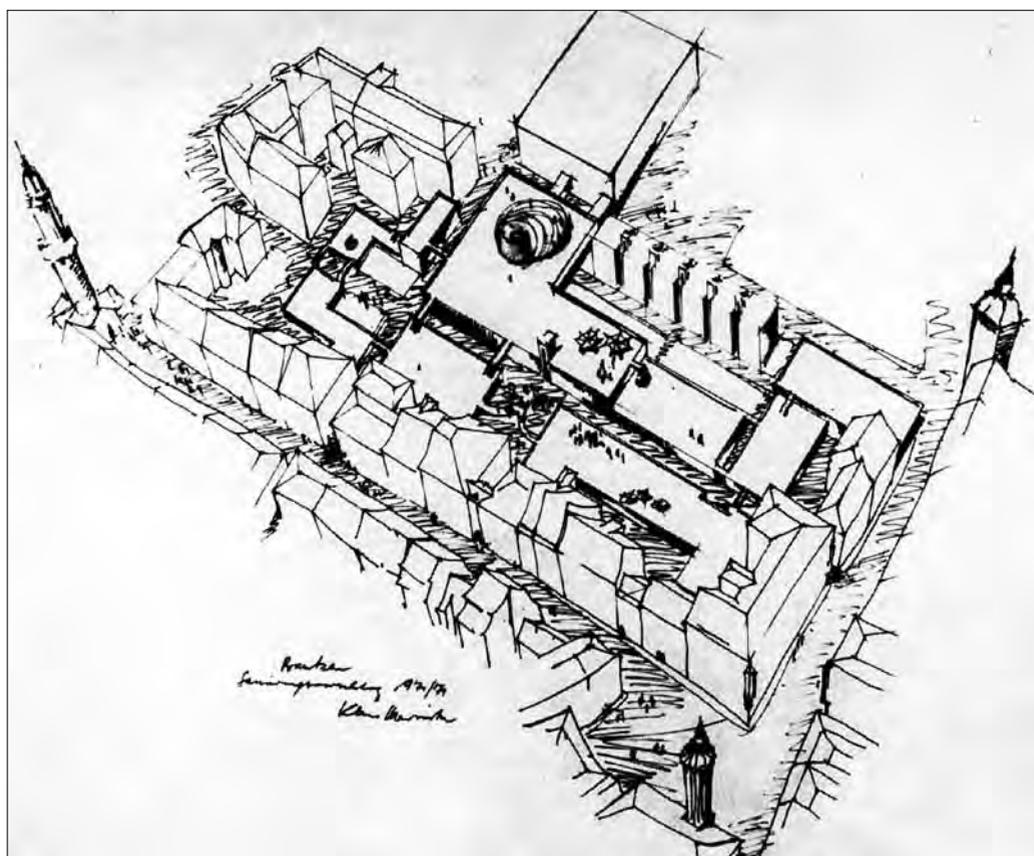


Abb. 3: Sanierungsvorschlag Bautzen (*Deutsche Architektur*, November 1973, 674)

den Hinterhöfen lebendige, architektonisch anspruchsvolle Räume entstehen zu lassen, sei eine nicht zu unterschätzende Aufgabe (Milde 1973). Bernhard Klemm zählte in diesen Jahren zu den Unermüdlichen, die – in enger Absprache mit der Außenstelle Dresden des Instituts für Denkmalpflege Dresden und Kurt Milde an der TU Dresden – das Modellvorhaben Görlitz, das seit den 1950er Jahren in kleinen Schritten vorankam, weiter verfolgten (Klemm 1974).

Neben dem Beispiel von Torgau, das Gerhard Glaser in Erinnerung gerufen hat (Glaser 2014), seien hier am Beispiel von Wismar die Positionen, Möglichkeiten und Realisierungen im Umgang mit historischen Altstädten kurz erläutert (Domhardt 1976). Der dortige Stadtarchitekt Winfried Domhardt stellt an den Beginn seines Beitrages eine grundsätzliche Überlegung, die noch Jahre später nicht zu den Selbstverständlichkeiten zählen sollte: „Die Erhaltung und Modernisierung von Wohngebäuden ist keine Übergangslösung, sondern ein fester Bestandteil der perspektivischen Grundfondspolitik. In vielen Fällen ist der Weg, vorhandene Wohngebäude zu modernisieren und dadurch eine wesentliche Verbesserung der Wohnqualität zu erzielen, effektiver als der Abriß und Ersatzneubau“ (Domhardt 1976, 162).

In der Altstadt von Wismar wohnten zu dieser Zeit, Mitte der 1970er Jahre, ca. 16 500 Einwohner, etwa 29 % der Gesamtbevölkerung der Stadt. Neben der Werft als wichtigster Auftraggeber der Stadt befanden sich in der Altstadt 6 200 Arbeitsplätze. Die Altstadt zählte 143 von insgesamt 229 Einzelhandelsgeschäften, zwei große Kaufhäuser sowie zahlreiche öffentliche Dienststellen. Um die Aufgaben der „komplexen Werterhaltung und Modernisierung“ jenseits der bauwirtschaftlichen Möglichkeiten und deren Orientierung auf den Großsiedlungsbau an den Rändern der Städte und den damit verbundenen technischen Zwängen überhaupt realisieren zu können, hatten sich 1970 insgesamt 29 kleinere Betriebe zu einer „Erzeugnisgruppe Baureparaturen“ zusammengeschlossen, für die Koordinierung und Leitung setzte die Stadt Wismar ein „Hauptauftraggeberorgan“ bei dem Volkseigenen Betrieb Gebäudewirtschaft der Stadt ein. Sämtliche Aufträge, die nach der städtebaulichen Gesamtkonzeption vergeben wurden, sollten später an kommunale Betriebe der Stadt Wismar gehen.

In den Zielen der ausgearbeiteten Generalbebauungsplanung heißt es: Die Altstadt von Wismar „sollte als städtebauliches, denkmalgeschütztes Ensemble auch für die weitere Zukunft Zentrum der Gesamtstadt und des Einzugsgebietes bleiben. Es lag also nahe, nach der Schaffung entsprechender materieller Voraussetzungen, die komplexe Rekonstruktion, die Instandsetzung und die Modernisierung im Herzen der Stadt, im Bereich des Marktplatzes und im Bereich der an den Markt angrenzenden Hauptgeschäftsstraßen zu beginnen. Gleichzeitig wurde auch festgelegt, diese instandgesetzten und modernisierten Straßenzüge im Kernbereich der Altstadt zu Fußgängerzonen auszubauen, um damit einen wichtigen Teilabschnitt des geplanten innerstädtischen Hauptfußwegenetzes als Bestandteil der Generalverkehrsplanung zu realisieren“ (Domhardt 1976, 164f.). Ab 1971 wurden nach diesem Leitbild ein Fußgängerbereich von 700 Metern Länge mit 8 500 qm Verkehrsfläche ausgebaut, die stadtechnischen Versorgungsnetze instandgesetzt und modernisiert sowie insgesamt 159 Gebäude mit Wohnungen und Geschäften saniert. Die Bilanz der verbesserten Wohnungen war ebenfalls nicht gering: in 391 Wohnungen waren für 1 747 Einwohner die Wohnverhältnisse verbessert worden. Überrascht stellte man fest, dass der Versorgungsverkehr für die nur noch den Fußgängern vorbehaltenen Bereiche geringer ausfiel als angenommen, begrüßt wurde die „Möbliierung“ der Straße, die den Bewohnern und Besuchern der Stadt erst das Gefühl gab, vor allen anderen Verkehrsmitteln tatsächlich bevorzugt zu werden. Nicht zu unterschätzen war der Gewinn an Bürgerbeteiligung und Kommunikation. Domhardt belegt, dass der Anteil der Baumaßnahmen, die von den Bürgern selbst in Angriff genommen wurden, von 8,6 % der Baureparaturleistungen in der Innenstadt im Jahr 1972 auf 25 % im Jahr 1974 angestiegen war. Man improvisierte und ersann Wege, um Baumaschinen zu reparieren oder selbst erst solche herzustellen, um auf den ungewöhnlichen Baustellen arbeiten zu können. Wenn die Hansestadt Wismar heute, gemeinsam mit ihrer Schwesterstadt Stralsund zum Weltkulturerbe zählt, das mit großem Engagement seitens der Stadt und der Bewohner erhalten, instandgesetzt und weitergebaut wird, hat dies auch eine ihrer Ursachen in diesen frühen Bemühungen, die einerseits halfen, Häuser der Innenstadt vor dem Verfall zu bewahren, andererseits aber auch die Grundlage für eine breite Identifikation für die Bewohner darstellten.



**Abb. 4:** Berlin Arnimplatz  
(*Architektur der DDR*, Januar 1977)

Neben den historischen Altstädten, von denen nur einige auf diesem Weg instandgesetzt und modernisiert werden konnten – ein herausragendes Beispiel wurde die Kröpeliner Straße in Rostock – drängten im EDMSJ 1975 auch die Probleme der zunehmend verfallenden Gründerzeitquartiere. Zu den frühesten Quartieren des 19. Jahrhunderts, die einer „komplexen Instandsetzung“ unterzogen wurden, gehörten in Berlin das Gebiet um den Arnimplatz, in Leipzig die Ostheimstraße und in Halle/Saale die Klement-Gottwald-Allee (**Abb. 4**).

Ule Lammert, Vizepräsident der Bauakademie der DDR und Direktor des Instituts für Städtebau und Architektur, spricht zwei Jahre später von „einem echten Wandel der Bauaufgaben“ und der nun im Vordergrund stehenden Trias von Neubau, Modernisierung und Werterhaltung (Lammert 1977). Der Bauwirtschaftsfunktionalismus war auch in der DDR deutlich an seine Grenzen gekommen und es wurde absehbar, dass das Problem fehlenden Wohnraums nicht allein mehr über Neubau zu lösen war. „Auf längere Sicht besteht das Hauptproblem bei der Lösung der Wohnungsfrage in der DDR nicht in erster Linie in der Erweiterung des Bestandes, sondern in der grundlegenden Verbesserung

der Qualität der Wohnungssubstanz und der Wohngebiete. Auf diese Tatsache gilt es auch die Forschung zu orientieren“ (Lammert 1977, 18). Ein Ende der extensiven Entwicklung war gleichwohl nicht abzusehen, Lammert hielt sie in besonderen Fällen durchaus für gerechtfertigt. Die Entscheidung, bei der Rekonstruktion von Altbauten nicht Haus für Haus vorzugehen, sondern ganze Straßenzüge in Angriff zu nehmen, hatte schließlich einen Grund in der bestmöglichen Nutzung der vorhandenen Technik: „rationeller Einsatz von Technik, effektive Baustelleneinrichtung und Taktverfahren“ – das sollte nach Möglichkeit Verwendung finden.

Deutlich wird an Lammerts Beitrag auch, wie groß der Zug der Bevölkerung in neugebaute Wohnungen noch immer war und in welchem Maß für die Lebensbedingungen in den Altbauten geworben werden musste, die „in ihrer Qualität [...] insgesamt nicht zurückbleiben“ (Lammert 1977, 19). Die Mehrzahl der Menschen zog es vor, lieber an den Stadtrand zu ziehen als in schlecht beheizbaren und schlecht geschnittenen Wohnungen der Gründerzeitbauten auf Besserung zu warten. Die enge Verflechtung von Wohnen und Arbeiten, die Qualität der Quartiere mit ihren Einzelhandelsgeschäften und Dienstleistungseinrichtungen, das non-Konforme, wenn auch mitunter nicht bequeme Leben war noch längst nicht so populär wie gegen Ausgang der 1980er Jahre. Noch im April 1979 wird in den „Vorbemerkungen“ der Fachtagung des Bundes der Architekten in der DDR, dem VII. Internationalen Kolloquium in Rostock darauf verwiesen, dass in den innerstädtischen Altbaugebieten die Wohnbedingungen lediglich an die der Neubauten angenähert werden könnten.<sup>10</sup> Hier tauchen nun wiederum neue Begriffe auf: man spricht vom Eingriff in die Lebensgewohnheiten der Menschen, vom Milieu, vom täglichen Lebensrhythmus und davon, dass die Umgestaltungsprozesse nur unter breiter Einbeziehung der Bevölkerung durchgeführt werden könnten.

Vier Jahre nach dem EDMSJ 1975 waren die prinzipiellen Probleme in Architektur, Denkmalpflege und Städtebau in Ost und West vergleichbar geworden. Die zahlreichen denkmalpflegerischen und städ-

tebaulichen Ansätze, Modellvorhaben und einzelne Realisierungen in der DDR konnten nicht mehr sein als der berühmte Tropfen auf dem heißen Stein.

## FAZIT

Trotz langer Diskussion blieb der Denkmalpflege in der DDR eine Teilnahme am EDMSJ 1975 verwehrt. In den Ländern des Ostblocks legte man demonstrativ ein anderes Schwerpunktthema in der Denkmalpflege in dieses Jahr: den 30. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus. Dem *Institut für Denkmalpflege der DDR* unter Leitung von Generalkonservator Ludwig Deiters gelang es dennoch, der stets latenten Gefahr der Isolierung im internationalen Rahmen zu entgehen und an zahlreichen Fachtagungen insbesondere zu Themen der städtebaulichen Denkmalpflege teilzunehmen. Das zunehmende Interesse an der Erhaltung historischer Städte spiegelt sich in der DDR in diesen Jahren in einer ganzen Reihe von Initiativen, Modellvorhaben wider, neben die Altstädte tritt in wachsendem Maß auch die notwendige Erhaltung und Modernisierung von Gründerzeitvierteln, die in Berlin, Leipzig und Halle/Saale begann und zu einem langsamen Umdenken unter den Architekten und Stadtplanern führte. Verglichen mit der Situation in Westdeutschland sind es weniger denkmalfachliche Themen, die wesentlich ausfallen, sondern die Bedingungen der sozialistischen Planwirtschaft und der staatlichen Denkmalpflege, unter denen in Einzelbeispielen Ensembles erhalten, instandgesetzt und modernisiert werden konnten.

## LITERATURVERZEICHNIS

*Architektur der DDR* (Februar 1977).

Domhardt, Winfried. 1976. „Komplexe Instandsetzung und Modernisierung in der Altstadt von Wismar.“ *Architektur der DDR* (März): 162–168.

Glaser, Gerhard. 2014. „Die Altstadt von Torgau und der Wohnungsbau als soziale und kulturelle Aufgabe.“ In Haspel/Staroste 2014, 258–269.

Goralczyk, Peter. 2014. „Der Wiederaufbau des Berliner Gendarmenmarktes von 1961 bis 1984.“ In Haspel/Staroste 2014, 304–328.

Hähle, Wolfgang. 2014. „Görlitz als frühes Beispiel zur denkmalgerechten Sanierung und Modernisierung von historischen Altstädten mit Modellcharakter.“ In Haspel/Staroste 2014, 248–257.

Haspel, Jörg, und Hubert Staroste, Landesdenkmalamt Berlin, Hg. 2014. *Denkmalpflege in der DDR. Rückblicke*, Beiträge zur Denkmalpflege in Berlin 41. Berlin: Nicolai.

ICOMOS Regionaltagung. 1977. *Beitrag der Jugend zur Pflege und Erschließung historischer Stadtzentren*. hg. von ICOMOS Nationalkomitee der DDR. Berlin: Eigenverlag.

Klemm, Bernhard. 1974. „Zur Umgestaltung der historischen Altstadt in Görlitz.“ *Deutsche Architektur* (Januar): 22–25.

Milde, Kurt. 1973. „Gestalterische Fragen zur sozialistischen Umgestaltung historisch wertvoller Stadtkerne.“ *Deutsche Architektur* (November): 675.

Lammert, Ule. 1977. „Städtebauliche Planung der Umgestaltung von Altbaugebieten und Stadtkernen.“ *Architektur der DDR* (Januar): 18–24.

Schauer, Hans-Hartmut. 2014. „Bemühungen der Denkmalpflege zur Erhaltung der Fachwerkstatt Quedlinburg.“ In Haspel/Staroste 2014, 270–279.

Schleiff, Heinrich. 2014. „Wiederaufbau und Stadtreparatur konnten den Verfall unserer Städte nicht aufhalten.“ In Haspel/Staroste 2014, 280–286.

Wipprecht, Ernst. 2014. „Die Bernauer Altstadt – ein gescheitertes Modellprojekt zur ‚sozialistischen Umgestaltung von Klein- und Mittelstädten‘.“ In Haspel/Staroste 2014, 287–303.

Zander, Dieter. 2014. „Erinnerungen eines Konservators – Wege zur Selbsthilfe.“ In Haspel/Staroste 2014, 329–347.

- <sup>1</sup> ICOMOS-Regionaltagung DDR – Rostock, 19.–23. September 1977, unter der Schirmherrschaft der UNESCO-Kommission der DDR. Im Besichtigungsprogramm waren neben Rostock selbst Wismar, Stralsund und Bad Doberan. Im Rahmen der Tagung wurde in der Kunsthalle Rostock die Ausstellung „Junge alte Städte“ sowie im Kulturhistorischen Museum Stralsund die Ausstellung *Kinder sehen die Altstadt* eröffnet, im Anschluss begaben sich die Tagungsteilnehmer auf eine Exkursion nach Dresden, Pillnitz, Bautzen, Görlitz, Meißen, Erfurt, Weimar, Naumburg, Halle/Saale, Dessau und Potsdam. Vgl. dazu Bundesarchiv DR 1 (Ministerium für Kultur) 7384. Helmut Stelzer, Generalsekretär des Nationalkomitees der DDR von ICOMOS, war im Juni 1977 von ICCROM nach Rom eingeladen worden, um insgesamt vier Vorlesungen zur Denkmalpflege in der DDR zu halten, darunter zum Denkmalschutzgesetz, zur städtebaulichen Denkmalpflege, zur Umgestaltung von Altstädten und zum Wohnen in kulturhistorisch wertvollen Bauten. An der Vorbereitungstagung im Oktober 1976 hatten keine westdeutschen Vertreter (Werner Bornheim gen. Schilling und Regine Dölling hatten abgesagt), aber Polen, Dänemark, Finnland und Schweden teilgenommen. Der schmale Ausstellungskatalog gibt beredtes Zeugnis, wie insbesondere die UdSSR eine Mitarbeit an der Tagung und an der Publikation verweigerte (erst 1976 war eine Arbeitsvereinbarung zwischen ICOMOS UdSSR und DDR getroffen worden wie auch mit ICOMOS Ungarn und Polen), und einen Einblick in die schwierigen Verbindungen innerhalb des Ostblocks. Zur Tagung 1977 in Rostock erschienen dann von westdeutscher Seite Johannes Habich, Oberkonservator von Schleswig-Holstein, Juliane Kirschbaum vom Deutschen Nationalkomitee für Denkmalschutz Bonn und Michael Petzet, Generalkonservator von Bayern. Ebd.
- <sup>2</sup> Nachrichten und Notizen dazu erschienen in *Neues Deutschland* (Berliner Ausgabe), *Der Morgen* (Berlin), *Völkstimme* (Magdeburg), *Neue Zeit* (Berlin), *Märkische Union* (Potsdam), *Freie Erde* (Neustrelitz), *Norddeutsche Zeitung* (Schwerin), *Der Demokrat* (Schwerin), *Liberal-Demokratische Zeitung* (Halle/Saale). Siehe dazu die Pressesammlung in Bundesarchiv DR 1 (Ministerium für Kultur) 6378.
- <sup>3</sup> Bundesarchiv DR 1 (Ministerium für Kultur) 6378, Kolloquium über die neue gesellschaftliche Nutzung monumentaler Baudenkmale, 5. bis 11. Mai 1974, Thesen des IfD der DDR.
- <sup>4</sup> Bundesarchiv DR 1 (Ministerium für Kultur) 15881, Brief vom 6. Juni 1974, unterz.: Irene Gysi, an: Manfred Thiede, Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten.
- <sup>5</sup> Bundesarchiv DR 1 (Ministerium für Kultur) 6378 Vermerk vom 11. Februar 1974, unterz. Ludwig Deiters.
- <sup>6</sup> Bundesarchiv DR 1 (Ministerium für Kultur) 6433, Bericht vom 15. April 1975, unterz. Ludwig Deiters, Bericht über die Abstimmung zwischen den Präsidenten der ICOMOS-Nationalkomitees der sozialistischen Länder zur Vorbereitung der IV. Generalversammlung im Mai 1975 in Rothenburg, BRD.
- <sup>7</sup> Diese und die folgenden Informationen aus Bundesarchiv DR 1 (Ministerium für Kultur) 6378.
- <sup>8</sup> Vgl. dazu den Beitrag von Sigrid Brandt, „Internationale Grundsatzpapiere der Städtebaulichen Denkmalpflege. Eine Analyse im Vergleich zu städtebaulichen Entwicklungen“, Vortrag anlässlich der Tagung *50 Jahre Charta von Venedig. Geschichte, Rezeption, Perspektiven*, Wien 2.–4. Oktober 2014. Der Tagungsband ist in Druckvorbereitung.
- <sup>9</sup> Die Empfehlung wurde im November 1976 auf der XIX. Generalversammlung der UNESCO in Nairobi angenommen. Sie war zuvor in Warschau unter dem Titel „Empfehlung zum Schutz historischer und traditioneller Ensembles und ihrer Rolle in der gegenwärtigen Gesellschaft“ redigiert worden.
- <sup>10</sup> SAPMO, DY 15/788 Bund der Architekten der DDR, Entwurf der Thesen zur Fachtagung des Bundes der Architekten der DDR – Umgestaltung von innerstädtischen Wohngebieten.